Deutscher Bundestag
13. Wahlperiode

Drucksache 13/957

28. 03. 95

Sachgebiet 63

Änderungsantrag

des Abgeordneten Klaus-Jürgen Warnick und der Gruppe der PDS

zur zweiten Beratung des Entwurfs des Haushaltsgesetzes 1995
— Drucksachen 13/50 Anlage, 13/414, 13/521, 13/527, 13/528, 13/966, 13/529 —

hier: Einzelplan 25
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

Der Bundestag wolle beschließen:

Im Kapitel 25 02 (Allgemeine Bewilligung einschließlich Verwendung zweckgebundener Einnahmen für den sozialen Wohnungsbau) wird der Ansatz im Titel 671 02-853 – Vergütungen an die Kreditanstalt für Wiederaufbau für die Wahrnehmung von Aufgaben des Bundes bei der Durchführung des Altschuldenhilfe-Gesetzes – auf 10 Mio. DM geändert.

Bonn, den 27. März 1995

Klaus-Jürgen Warnick
Dr. Gregor Gysi und Gruppe

Begründung

Bei Annahme des Antrages auf Novellierung des Altschuldenhilfe-Gesetzes durch den Deutschen Bundestag und den Bundesrat hinsichtlich einer ersatzlosen Streichung der Privatisierungsauflage (§ 5) wird sich der Aufgaben- und Leistungsumfang auch für die KfW erheblich reduzieren. Damit ist die Reduzierung der Vergütungen an die KfW um mindestens 50 Prozent von 20 Mio. DM auf maximal 10 Mio. DM möglich.

Druck: Thenée Druck, 53113 Bonn, Telefon 91781-0
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333